

GROSSER RAT

GR.24.200

VORSTOSS

Interpellation Isabelle Schmid, Grüne, Tegerfelden (Sprecherin), Ruth Müri, Grüne, Baden, vom 25. Juni 2024 betreffend Verlust von Schulressourcen bei Fusionen von Gemeinden

Text und Begründung:

Der Regierungsrat, in Verantwortung des Departements Volkswirtschaft und Inneres (DVI), ist interessiert daran, dass Gemeinden fusionieren und unterstützt dies mit finanziellen Anreizen. Im Gegenzug werden die fusionierten Gemeinden durch die Reduktion der Schulressourcen benachteiligt.

Kleine Schulen erhalten die Zusatzkomponente 2, da kleine Schulen strukturelle Nachteile haben, beispielsweise bei der Bildung optimaler Klassengrössen.

Durch eine Fusion werden die verschiedenen Schulstandorte der vorher selbstständigen Gemeinden als eine einzige Schule angesehen – die Zusatzkomponente 2 fällt weg. An der Situation vor Ort ändert sich aber nichts, denn die Schulen der verschiedenen Ortschaften der neuen Gemeinde sind einige Kilometer weit entfernt.

1. Geht der Regierungsrat davon aus, dass die Schulen ihre Klassen aufgrund der Fusion besser optimieren können? Wenn ja, welche Optimierungsvorteile sieht er?
2. Geht der Regierungsrat davon aus, dass Schulkinder mit Schulbussen zwischen den Standorten transportiert werden sollen, um optimale Klassengrössen zu erreichen?
3. Teilt der Regierungsrat die Befürchtung der Gemeinden, dass die Attraktivität der Schulen und somit der Ortsteile darunter leiden würde?
4. Ist sich der Regierungsrat bewusst, dass eine fusionsbedingte Reduktion der Ressourcen für die Volksschule – bei gleichbleibender Schulstruktur – vom Regierungsrat geförderte Fusionen gefährden oder sogar verhindern könnte?
5. Ist sich der Regierungsrat bewusst, dass diese Problematik auch bei den Schulleitungspensen zum Tragen kommt? Die Sockelbeiträge für eine fusionierte Schule sind kleiner als vor der Fusion, aber der Aufwand für die Schulleitungen wird durch die Koordination und die notwendige Reisezeit zwischen den Schulstandorten kaum kleiner.
6. Was sieht der Regierungsrat für Lösungen? Müsste die Zusatzkomponente 2 nicht pro Schulstandort statt pro Schulgemeinde gesprochen werden, wenn die Schulstandorte in unterschiedlichen Ortschaften einer Gemeinde liegen und die Schulwege zwischen den Schulstandorten nicht zumutbar sind?